Einladung für eine bundesweite Versammlung in Hessen:

„Die Offensive für sozialdemokratische Politik in Hessen – weg von der Agenda-Politik – muss eine Offensive in der gesamten SPD werden!“.

Vom Wahlerfolg der SPD mit Andrea Ypsilanti in Hessen und von Kampf der SPD für eine SPD-geführte Landesregierung zur Erfüllung des Wählerauftrags auf ihrem außerordentlichen Parteitag in Hanau geht ein Signal aus für die Arbeitnehmerschaft und Jugend im ganzen Land, für die gesellschaftliche Mehrheit im ganzen Land, für die SPD-Mitgliedschaft:

Die SPD ist mit Andrea Ypsilanti glaubwürdig für sozialdemokratische Politik eingetreten: für eine SPD-geführte Regierung zur Erfüllung des demokratischen Wählerwillens:

um Schluss zu machen mit „Reformen“, die den Menschen Angst machen.

für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit („Politik der sozialen Moderne“).

Diese Politik fand ihren Ausdruck in den Positionen, die Andrea Ypsilanti ins Zentrum ihres Wahlkampfes gerückt hat:

- die Respektierung der freien Lohnverhandlungen durch die Rücknahme des Tarifdiktats per Gesetz, Wiederherstellung und Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrags durch Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Schluss zu machen mit den Privatisierungen der Universitäten, Krankenhäuser... Rücknahme bisheriger Privatisierungsmaßnahmen
- die Rücknahme der Selektionsmaßnahmen in der Bildung und Herstellung der notwendigen Lehrerversorgung, keine Kürzungen mehr bei den Schulen und Sozialeinrichtungen
- ausreichendes Personal, damit Bildungseinrichtungen und Öffentlicher Dienst ihre Aufgaben erfüllen können
- für eine neue Energiepolitik, die Arbeitsplätze schafft und natürliche Ressourcen schont.

Der außerordentliche SPD-Landesparteitag am 29. März in Hanau hat mit großer Begeisterung die Kampfbereitschaft der SPD für eine SPD-Regierung unter Andrea Ypsilanti für die Erfüllung des Wählerauftrags zum Ausdruck gebracht.

Andrea Ypsilanti hat die SPD in eine politische Offensive für sozialdemokratische Politik der sozialen Gerechtigkeit gebracht, die sich als Fortführung der vom Hamburger Parteitag beschlossenen Neuorientierung verstand: Schluss mit den „Zumutungen“ – „auf die Sorgen und Forderungen der Menschen hören“.

Diese sozialdemokratische Politik hat breite Wählermehrheiten wieder für die SPD zurück gewonnen. Seit 2001 gab es kein so für die SPD erfolgreiches Wahlergebnis. Deshalb wurde der Kampf für die Erfüllung des Wählerauftrags in Hessen aus dem ganzen Bundesgebiet begrüßt. Dieser Erfolg hat viele SozialdemokratInnen motiviert, in ihren Bundesländern diese Neuorientierung fortzusetzen, wie in den anstehenden Wahlen z.B. demnächst im Saarland und auch in Nordrhein-Westfalen.

Wir führen in Hessen den Kampf weiter zur Erfüllung des Wählerauftrags für die Ablösung der Regierung Koch und Bildung einer SPD-geführten Regierung mit Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin.

Wie schon die politische Neuorientierung unter Kurt Beck, zog die politische Offensive der SPD in Hessen eine Hetzkampagne der gesamten Medien auf sich, die von den politischen Gegnern der Merkel/CDU/CSU usw. gespeist wurde. Auf völliges Unverständnis und auch Empörung in der SPD-Mitgliedschaft und darüber hinaus ist gestoßen, dass Führungsleute der SPD, die entgegen ihrem demokratischen Mandat an der Fortsetzung der Agenda-Politik in der Regierung der Großen Koalition festhalten, der Hamburger Neuorientierung der SPD und Kurt Beck immer wieder Knüpf-

pel zwischen die Beine geworfen und die Bildung einer SPD-geführten Regierung für wirkliche sozialdemokratische Politik torpediert haben .

Entsprechend der Forderungen dieser Führungsleute wurden die Entscheidungen getroffen, die einer Revision der vom Hamburger Parteitag entschiedenen „Neuorientierung“ gleichkommen:

- gegen die Bildung einer SPD-geführten Regierung unter Andrea Ypsilanti in Hessen;
- für die Fortsetzung der verschärften Haushaltskonsolidierungspolitik im Sinne der von Steinbrück geforderten „harten Schuldenbegrenzung“. Nach der Entnahme von Milliarden Euro aus dem Haushalt für die Deckung der Finanzspekulationskrise sollen nun die sozialen Errungenschaften und die Öffentliche Daseinsvorsorge weiter demontiert und privatisiert werden.
- für eine „Bahnreform“, die ganz im Sinne der strengeren „Haushaltskonsolidierung“ die Teilprivatisierung der Bahn vorschlägt und den letzten großen staatlichen Betrieb der öffentlichen Daseinsvorsorge stückweise den Finanzspekulanten ausliefert.

Diese Entscheidungen sind ein Schlag gegen die großen Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend, die sie mit der Neuorientierung und mit der politischen Offensive der SPD in Hessen verbinden.

Sie verstoßen zugleich gegen den Willen der Wählermehrheit in Hessen, gegen den Willen der gesellschaftlichen Mehrheiten insgesamt. Und sie treffen die Bestrebungen der großen Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft und den Beginn eines Neuaufschwungs der SPD.

Wollen diese Kräfte soweit gehen, die Revision der Neuorientierung der SPD zur Grundlage für den Antritt der Partei zur Bundestagswahl zu machen? Sollten sie es wagen – den Gerüchten und Wünschen unserer Gegner entsprechend – für diese Politik einen anderen, einen „geeigneteren“ „SPD“-Kandidaten für die Wahlen zu produzieren?

Das können wir als GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen nicht zulassen!!

Wir sind entschlossen, ebenso wie die Neuorientierung der SPD mit Kurt Beck, die politische Offensive in Hessen für die SPD-geführte Regierung mit Andrea Ypsilanti, für den politischen Kurswechsel, zu verteidigen und wollen uns dafür engagieren, dass diese Offensive für den politischen Kurswechsel von der gesamten SPD ergriffen wird.

Muss dafür nicht das Engagement der SPD-Mitgliedschaft überall aufgerufen werden, das jede/r ArbeitnehmerIn und GewerkschafterIn nur unterstützen kann?

Wir meinen, es ist notwendig, darüber mit GewerkschafterInnen und GenossInnen der SPD aus dem ganzen Bundesgebiet zu diskutieren, die ihre Unterstützung für den Kampf der SPD in Hessen dokumentiert haben. Dafür schlagen wir vor, in Hessen eine Versammlung durchzuführen.

**Wir laden Euch ein für Sonntag, den 8. Juni 2008 11:00 – 15:00 Uhr
in Frankfurt am Main oder Wiesbaden (Ort wird noch bekannt gegeben).**

EinladerInnen: Für die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative)

Michael Altmann (ver.di-Vertrauensmann, AfA-Bezirksvorstandsmitglied Hessen-Süd), *Heinrich Becker* (GEW-Landesvorstand Hessen), *Christof Beschorner* (SPD-AfA, ver.di-Vertrauensmann), *Siegfried Buchhaupt* (GEW-Delegierter), *Marion Eisele* (DGB, ver.di, AfA-Bezirksvorstand), *Udo Haarstark* (AfA-UB-Vorstand Frankfurt am Main), *Norbert Müller* (ver.di), *Lothar Ott* (GEW, Mitglied SPD-OV-Vorstand), *Peter Saalmüller* (ver.di), *Harald Staier* (DGB-Kreisvorsitzender, AfA-UB-Vorsitzender Odenwald), *Volker Stoeven* (SPD), *Klaus Wesemann* (ver.di, AfA-UB-Vorstand Frankfurt am Main), *Doris Wolf-Wesemann* (ver.di, SPD).
(Die Angaben in Klammern dienen nur der Information)

Anmeldungen sind erbeten an: michael.altmann@gmx.net oder
Michael Altmann, Kransberger Weg 6, 60439 Frankfurt am Main